



Haushaltsrede 2019 **Gerd Waidner**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

In Peru besitzt jedes Dorf und jede Stadt eine Plaza principal oder eine Plaza mayor, also einen Mittelpunkt. Rheinstetten besitzt das, also die Stadtmitte, noch nicht. Im Haushaltsplan und in der Arbeit des Gemeinderates und noch mehr in der Arbeit der Verwaltung erscheint sie jedoch allgegenwärtig und weist die übrigen Themen auf die hinteren Plätze oder in den Wartestand. Das als Anfangsgedanke meiner Ausführungen

Mit dem Kommentar zum Haushaltsplan will ich nicht mit dem geplanten Zentrum beginnen, sondern mit den nachgeordneten Themen, die nicht weniger wichtig sind. Dabei muss ich die Eckpunkte des Haushaltsplanes nicht wiederholen. Meine Vorredner haben dies sicher schon einige Male getan. Auch werde ich nicht die Folgen des mittelfristigen Finanzplans analysieren. Darin wären mir zu viele Unwägbarkeiten enthalten.

Also zu meinen Kommentaren:

In den letzten Jahren sehr auffällig, nun fast im Geheimen wurde in Rheinstetten Schulpolitik betrieben. Das Bildungszentrum ist fertig. Wie auf der Homepage nachzulesen ist, war die Finanzierung eine Punktlandung. Zitat: „Prognostiziert waren Gesamtausgaben inkl. Containerschule in Höhe von ca. 31 Mio. €. Dieses Budget wird minimal mit einem Wert zwischen 0,3 % und 1,3 % nur knapp überschritten.“ Im jetzigen Haushaltsplan sind die normalen Unterhaltskosten eingestellt und natürlich die Abschreibungen als Folge der investiven Kosten der vergangenen Jahre.

Die Entwicklung der Grundschule ist dagegen noch in vollem Gange. In der Schwarzwaldschule arbeitet bereits die Ganztagesgrundschule. Dass die

Umbauten noch nicht zu Ende sind, zeigen die aktuellen Umbaumaßnahmen, die in den Vorjahren mit 2 Mio € etatisiert sind.

Dass je zwei Grundschulen fusioniert haben, zeigt sich auch darin, dass sämtliche Kosten zusammengeführt sind, obwohl die Gebäude noch getrennt funktionieren. Die Albert-Schweitzer-Schule ist gleichsam die Außenstelle der Pestalozzischule, behält aber ihr Profil. Die Johann-Rupprecht-Schule führt die restlichen Klassen noch zu Ende. Das alte Gebäude verweist aber schon in die Zukunft im aktuellen Haushaltsplan.

Da sind nämlich Umbaumaßnahmen mit 350 T € veranschlagt und im mittelfristigen Finanzplan sind 2 Mio € für das Jahr 2020 zu finden. Die Rupprechtschule soll zu einem Kinderhaus (Kindergarten und Kita) umgewandelt werden. Schon jetzt sind Gruppen des Kindergartens St. Elisabeth dort untergebracht. Nach dem Kindergartenbedarfsplan wird die Arbeit fortgeschrieben und auch dafür gesorgt, dass alle Familien für ihre Kinder einen Platz haben werden. Das betrifft auch besonders die Kinder unter 3 Jahren. Die Gebühren werden zwar ein wenig angehoben, sind aber im kommunalen Vergleich noch immer sehr günstig. Angestrebt wird ein Deckungsgrad von etwa 19 %. Die Alternative wäre die Kostenfreiheit. Dazu müsste jedoch die Landesregierung einen Grundsatzbeschluss fassen und das entsprechende Geld zur Verfügung stellen.

Zurück zu den Grundschulen:

Im mittelfristigen Finanzplan lässt sich der Umbau der Pestalozzischule und der Hebelschule zur 2. Ganztagesgrundschule erahnen. In der Info-Veranstaltung zu diesen Plänen wurden vermutete Jahre der Verwirklichung genannt. Im Plan selbst fehlt noch jede Spezifizierung der veranschlagten Baumaßnahmen. Wir gehen davon aus, dass wir keine Veranlassung haben, daran zu zweifeln.

Irritierend für uns sind allerdings die Planungsansätze von je 50 T € zum Neubau des Stadtbetriebes im Plan 2019 und vorgesehen auch für 2020. Das lässt uns misstrauisch werden. Für uns hat die 2. Ganztagesgrundschule eindeutig Priorität. Und wir bezweifeln, dass beide Maßnahmen zeitgleich umgesetzt werden können.

Ein wichtiges Thema für uns sind die geplanten Sanierungen. Wir sind der Meinung, dass Sanierungsmaßnahmen jedes Jahr im Haushalt vorkommen müssen. Wir haben so jahrelang die Erneuerung der Straßen befürwortet. Zur Zeit sind noch die Arbeiten am Allmendweg im Gang. Die Arbeiten in der Marienstraße wurden zurückgestellt und sollen im kommenden Jahr verwirklicht werden. Auch von der Kreuzstraße ist im Plan die Rede. Bei beiden Straßen benennt der Plan allerdings nur die Sanierung der Straßendecke. Bei der Kreuzstraße ist allerdings eine gründliche Sanierung in 2020 geplant. Dennoch ist zu beobachten, dass in diesem Bereich weniger geschieht. Und was geschieht, hat oft einen Zusammenhang mit Trinkwasserleitungen, Fernwärme oder der Kanalsanierung.

An der Kanalsanierung wird es am deutlichsten, dass Sanierungen die nächsten Jahre bestimmen müssen. Die Eigenkontrollverordnung brachte es an den Tag. In Rheinstettens Unterwelt ist vieles reparaturbedürftig. Die Abwasserkanäle müssen dringend erneuert werden. Die nötigsten Arbeiten begannen in Neuburgweier. Jetzt sind Bereiche vor allem in Mörsch (Rheinaustraße /Bachstraße), teilweise auch in Forchheim (Kreuzstraße) an der Reihe. Wir sind zufrieden, dass auch dieser Haushaltsplan wieder genügend Geld angesetzt hat, und hoffen, dass das auch in den nächsten Jahren so sein wird. In diesem Punkt vertrauen wir der Sorgfalt des Bauamtes.

Ein trauriges Kapitel sind die Gemeindehäuser. Wer nicht weiß, welche Gebäude der Stadt gehören, muss nur auf schlecht erhaltene Häuser achten. Das ist das Anzeichen, dass die Stadt hier der Eigentümer ist und etwas tun sollte. Für die Erhaltung der städtischen Immobilien sind im Teilhaushalt 1 nur 130 T € eingestellt. Daneben steht die Bemerkung, dass keine größere Planungen vorhanden sind. Und wenn wir uns an die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im Sept.2018 erinnern, dann wissen wir, dass auch das wenige Geld zur Immobiliensanierung zweckentfremdet werden kann. Locker wurden damals 45 T€ aus der Wohngebäudeunterhaltung genommen.

Unangenehm wird die Situation, wenn festgestellt wird, dass ein Gebäude große technische Mängel aufweist, die nicht aufgeschoben werden können. So geschehen bei der Ufgauhalle. Als notwendige Mittel wurden genannt: für die Planung 340 T€, die in 2,2 Mio € Kosten münden können.

Auch die Kläranlage braucht Ersatzteile, damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann. Es geht im Haushalt z.B. um ein Messgerät, das die Qualität des gereinigten Abwassers aktuell feststellen kann. Wir meinen, dass langfristig in Erwägung gezogen werden sollte, das Abwasser von Mörsch und Neuburgweier in die Karlsruher Kläranlage zu leiten. Das von Forchheim geht diesen Weg seit Jahren. Rheinstetten bezahlt dafür 2019 950 T€. Der Vorteil besteht darin, dass Karlsruhe eine weitere Reinigungsstufe betreibt, die sich Rheinstetten nicht leisten könnte. Durch diese sollen auch medizinische und hormonelle Rückstände ausgefiltert werden.

Was wir beim Abwasser befürworten, lehnen wir beim Trinkwasser ab. Wir sind froh um das Wasser, das auf Rheinstettens Gemarkung gefördert wird. Dieses Gut muss geschützt werden, gleichgültig, ob es auf Mörscher, Forchheimer oder Neuburgweierer Grund entnommen wird. Die Daseinsvorsorge Trinkwasser muss in Rheinstettens Hand bleiben. Ob das in der Verwaltung auch so gesehen wird? Wir erinnern uns an Bemerkungen zum Wasserwerk in Forchheim, das laut Masterplan für zukünftiges Bauland eventuell aufzugeben wäre. Bei der Diskussion um die Fernwärme aber wurde das Forchheimer Wasserwerk als sehr kostbar gepriesen. Die Preise für Wasser und Abwasser wurden auch dieses Jahr wieder neu kalkuliert, wie das Gesetz es befiehlt. Im Vergleich zu anderen Regionen sind die

Preise niedrig . Die Kosten für die Kanalsanierung schlagen nur milde zu Buche durch die Abschreibungen, die über viele Jahre verteilt werden.

Den Anträgen der Freiwilligen Feuerwehr stehen wir positiv gegenüber. Wir wissen um ihre Bedeutung für die Allgemeinheit und sind dankbar für ihre Arbeit. Früher waren die Gelder deutlicher zum Budget vereinigt, mit der Maßgabe, dass die Feuerwehr selbst die Prioritäten setzen kann. Wir gehen davon aus, dass dieses Prinzip im Grunde heute auch noch praktiziert wird.

Die Vereine prägen das kulturelle Leben der Stadt. Wir schätzen das ehrenamtliche Engagement auf den verschiedensten Gebieten. Deshalb stehen wir auch zur Vereinsförderung. Lobenswert ist der Wille zur Zusammenarbeit, wie er sich z.B. zur Zeit im Prozess der Zusammenführung der Fußballvereine zeigt.

Über einen Posten im Haushaltsplan wurde in letzter Zeit sehr häufig diskutiert: die Kosten für den ÖPNV, den öffentlichen Nahverkehr. Wir wissen, dass unsere Verbindungen per Bus und per Straßenbahn sehr gut sind. Aber das kostet auch sehr viel Geld. 1,1 Mio € sind auch 2019 wieder fällig. Auf den einzelnen Einwohner heruntergerechnet und im Vergleich zu Ettlingen zahlen wir 52 € und Ettlingen nur 42 €. Die Erklärungen dazu in der GR Sitzung v. 20. November waren nicht überzeugend. Das sollte auf Kreisebene in Zukunft neu berechnet werden. Aber es gilt trotzdem: Rheinstetten hat eine gute Anbindung im öffentlichen Nahverkehr. Bei aller Kritik sollte das nicht vergessen werden.

Ein wichtiges Verkehrsmittel Rheinstettens ist das Fahrrad. Deshalb ist das Radwegekonzept nur zu begrüßen.. Die Piktogramme auf den Straßen sollen die Radfahrer ermutigen, ihr Recht im Straßenverkehr wahrzunehmen. Das ist allerdings nicht nur eine rechtliche, sondern vor allem eine psychologische Frage. Dass Landesstraßen nicht einbezogen werden dürfen, kann dem Normalbürger nicht vermittelt werden.

So ging es auch vielen Bürgern Anfang November beim zweiten Erörterungstermin in Sachen Polder. Sie konnten nicht verstehen, dass das Land Baden-Württemberg bzw. dessen Vertreter im Landratsamt/ bzw.Regierungspräsidium/ bzw. Ministerium ihr Programm durchgezogen und mehr auf die Rechtsberatung als auf den Dialog gesetzt haben. Einerseits konnte man lesen, dass das Umweltministerium einen Preis für Bürgernähe bekommen hat, andererseits erlebten wir hier in Rheinstetten , wie beim Polder im Gegensatz dazu jedes Gespräch verweigert wurde. Das verstehe, wer da wolle. Von der Kultur des Gehörtwerdens, die Herr Kretschmann einst ausgerufen hat, war in Rheinstetten nichts zu spüren.

Nicht Gleiches , aber Ähnliches habe ich auch in Sachen Stadtmitte erlebt in den letzten Jahren. Vor fast 20 Jahren hat es angefangen.

Wir dachten vor dem Stadtmitte-Wettbewerb an eine Grundsatzdiskussion, in der nach unserer Meinung zum Ausdruck kommen sollte, dass das neue Zentrum am

Rösselsbrünne so gestaltet werden sollte, dass es langsam wachsen kann. Ein Zentrum sollte nicht nur eine Ansammlung von Gebäuden sein mit notwendigen Dienstleistungen, sondern etwas "Lebendiges". Lebendig hieß für uns Akzeptanz der Bevölkerung und Korrekturmöglichkeiten während eines langen Entstehungsprozesses. Das Ziel, das wir uns gesetzt hatten, war nicht einfach zu erreichen: Dieses Zentrum sollte der Stadt Rheinstetten etwas geben, ohne den Stadtteilen etwas zu nehmen.

Jetzt stehen wir im Endprozess. Mit ungeheurer Geschwindigkeit wird die Stadtmitte erschlossen. Im Haushaltsplan sind Millionen € Ausgaben und auch Einnahmen im Teilhaushalt 8 nachzulesen. Das Finanzierungskonstrukt funktioniert nur im Eiltempo. Ist es da ein Wunder, dass die Verwaltung für viele Dinge außerhalb der Stadtmitte keine Ressourcen übrig hat? Ein einziges wesentliches Projekt kommt nur noch vor: Das Projekt in Neuburgweier Auer Straße 35, wo bis zu 15 Wohneinheiten entstehen sollen. Auch hier gibt es einen Grund zur Eile: der Bund belohnt die schnelle Verwirklichung von Sozialwohnungen mit Preisnachlässen.

Das Baugebiet Baumgarten liegt derweil auf der sogenannten langen Bank. Für Bach West IV und V sind Gelder zur Erschließung im Plan eingestellt. Bis es bebaut werden kann, wird noch einige Zeit vergehen. Dabei könnten wir uns vorstellen, bei diesen Baugebieten das Bauen in Erbpacht auszuprobieren. Wir werden einen diesbezüglichen Antrag stellen.

Wir standen der geplanten Stadtmitte durchaus positiv gegenüber. Wir ärgern uns allerdings heute über die verpassten Chancen. Ein alternatives Wärmekonzept wurde abgelehnt. Bei der Wohnbebauung wurden durch die Schnelligkeit eine Vielfalt von Wohnformen ausgeschlossen. Auch der Hinweis, dass unterschiedliche Investoren zum Zuge kommen könnten, wurde in der Wirklichkeit zur Luftnummer. Die Wohnbebauung wird wohl urban in 08/15 Manier verwirklicht. Nur 8 Sozialwohnungen sind geplant, verschiedene Wohnformen Fehlanzeige.

Wir erkennen wohl den Eifer des Bauamtes an. Wir wollen aber vor allem die Wohnbebauung der Stadtmitte nicht mittragen. Auch das sogenannte Kulturhaus, in das wir noch Hoffnung gesetzt hatten, wird wohl eher ein kleines Rathaus mit Sitzungssaal und Fraktionsräumen als eine Stätte des Kulturellen. Forchheim verliert dadurch weitere kommunale Bedeutung. Das ist schade.

So werden wir dem Haushaltsplan 2019 nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten.

Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung können wir zustimmen.

Trotz allem danken wir dem Herrn Oberbürgermeister, dem Baubürgermeister und dem Kämmerer für ihre Arbeit.